

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Aufl. Sonntagsbeilage

Preis pro Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhna, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staadtitz, Threna zc.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfennige ausschließlich des Postbestellgeldes. Anzeigenpreis: die fünfgepaltene Korpuszeile 15 Pfg. Ämtlicher Teil sechsgepaltene Zeile 20 Pfg. Reklamezeile 30 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 60.

Mittwoch, 23. Mai 1917.

28. Jahrgang.

Ämtliches.

Auf Warenbezugsmarke D No. 3 werden vom 24. bis mit 29. Mai
150 gr **Hafernährmittel** für 14 Pfg. und
75 gr **versch. Suppen** für 15 Pfg.

abgegeben.
Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht.
Gleichzeitig kommen auf Brotaufstrich-Bezugsmarke No. 4
250 gr **Zuckerhonig** für 28 Pfg.
zur Ausgabe. Preis für 1 Pfund 55 Pfg.
Abgabe an Händler bei den Warenverteilungsstellen Mitt-
woch, 23. Mai.

Grimma, 19. Mai 1917.

L. 4021

Für den Bezirksverband
der Königlich Amtshauptmannschaft:
Amtshauptmann v. Bole.

Wesentlich werden Gesuche um Beschaffung von Saatgut, Düngemittel, Spannschuh, landwirtschaftliche Hilfskräfte, Kohlen, Benzol, Schmiermittel, Feder, Krattstroh, ferner Dringlichkeitsbeschleunigungen, Anträge auf Überlassung von Krattställen, Dreschmaschinen, Maschinen und dergl. direkt an das Kriegswirtschaftsamt gerichtet, ohne den Kriegswirtschaftsstellen vorgelegt zu haben und dort einer vorherigen Prüfung unterzogen worden zu sein. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Vermeidung unliebsamer Verzögerungen derartige Gesuche stets nur bei den Kriegswirtschaftsstellen einzu-
reichen sind.

Grimma, 17. Mai 1917.

145 Kr.

Die Kriegswirtschaftsstelle
im Bezirksverband der Kgl. Amtshauptmannschaft.
S. 2.
Hilfschef Dr. Benecke.

Verkauf von Eiern.

Von Mittwoch, den 23. d. M. ab werden in den durch
Aushang erkennlichen Verkaufsstellen Auslandseier zum Preise
von 28 Pfg. je Stück verkauft. Abgegeben wird auf jede zehn
gültige Eiermarke 1 Stück.

Naunhof, am 21. Mai 1917.

Der Bürgermeister.

Hühnerfutter.

Es ist wieder Hühnerfutter (Mischung von Gerste und Ab-
gang aus rumänischem Weizen) eingetroffen. Das Futter kann
von den nicht landwirtschaftlich treibenden Hühnerhaltern gegen
Vorlegung einer Bescheinigung des zuständigen Eierkaufers
bei Herrn Getreidehändler **Wahren**, hier, zum Preise von
26 Pfg. je Pfund entnommen werden.

Für ein abgelesenes Ei wird ein Pfund des Mischfutters
abgegeben.

Naunhof, am 22. Mai 1917.

Der Bürgermeister.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.
Täglich Ein- und Rückzahlungen: Verzinsung 4 %.
Bei 1/2-jährlicher Kündigungssfrist 4 1/2 %.
Größere Einlagen bei läng. Kündigung höherer Zinssätze.
Geschäftszettel: 9-1 Uhr. Postbezahlkonto: Leipzig Nr. 10783.

Die Mitschuldigen.

Von der um zwei Drittel ihres Landes erleichterten
rumänischen Regierung dringt, seitdem sie in Jassy
ihre Lage verbringen muß, nicht mehr allzuviel in die
weitere Öffentlichkeit, aber soviel ist gewiß, daß der Sieg
der russischen Revolution sie wie eine neue schwere Nieder-
lage getroffen hat. Herr Bratianu, der sein Vaterland
ins Unglück gestürzt hat, bleibt zwar stumm wie das
Grab, allein Entstellungen, die von anderen gut unter-
richteten Männern kommen, sagen genug, um die ganze Trost-
losigkeit der Lage und der Zukunftsaussichten des Königs-
reiches erkennen zu lassen. General Diescu, der frühere
Chef des Generalstabes auf der einen, und Dr. Balaban, der
langjährige rumänische Gesandte in Berlin auf der
anderen Seite haben den Schicksal von den Ereignissen im
Juli vorigen Jahres so weit geklärt, daß man den bis
jetzt einigermassen räthelhaft gebliebenen Zusammenhang
des damaligen Geschehens mit hinreichender Deutlichkeit
erkennen kann.

Die rumänische Kriegserklärung war den Mittel-
mächten, wie erinnerlich, durchaus nicht überraschend, aber
doch früher gekommen, als man sie erwartet hatte; der
unmittelbare Anlaß, mit dem sie begründet wurde, war
direkt vom Baun gebrochen. Selbst die westlichen
Verbündeten schienen von dem plötzlichen Entschluß
der Mächte in Bukarest im ersten Augenblick
verzweifelnd zu sein, und als der militärische

Rückschlag in Siebenbürgen die fabelhafte Unüberlegtheit
des ganzen Unternehmens außer Zweifel stellte, hatten sie
es mit der materiellen Unterstützung des neuen Ver-
bündeten durchaus nicht besonders eilig. Jetzt erfahren wir
aus berufenem Munde, daß Rumänien in der Tat damals
gegen eigene bessere Überzeugung gezwungen wurde, loszu-
schlagen, von Ausland natürlich, dessen Generalstab dem
Feldzugspläne der rumänischen Heeresleitung nicht die
geringste Beachtung schenkte und dessen politische Führung
auf diese Weise die Stärke der Widerstandskraft der Mittel-
mächte einer letzten, einer entscheidenden Probe unterziehen
wollte. Herr Stürmer, der damals in Petersburg die
Geschäfte leitete, war entschlossen, für den Fall, daß
auch der Eintritt Rumäniens in den Krieg an
der militärischen Gesamtlage nichts ändern sollte,
daraus für Rußland die Folgerungen zu ziehen
und in Friedensverhandlungen mit Deutschland
einzutreten. Verhandlungen, die im letzten Augenblick noch
mit Bulgarien geführt oder vorgeläutet wurden, dienten
dazu, die Rumänen vollends irrezuführen, so daß sie trotz
des unfertigen Standes ihrer Kriegsvorbereitungen den
Schritt taten, der ihnen von Petersburg her einfach
unter Drohungen anbefohlen wurde. Bald mußten sie
sehen, daß die Bulgaren der Sache der Mittelmächte
treulichen, sie verloren die Dobrußa, sie wurden
aus Siebenbürgen hinausgedrängt, sie mußten die Balaschei
räumen und schließlich die Hauptstadt des Landes preisgeben—
aber die zugesicherte russische Hilfe blieb im wesentlichen
aus. Erst an der Sereth-Stellung wurden die Krümmen
des rumänischen Heeres von russischen Divisionen aufge-
nommen, ohne daß damit an dem allgemeinen Zusammen-
bruch der Verhältnisse auch nur das geringste geändert
werden konnte. Und nun kommt die schrecklichste aller
Enttäuschungen: mit dem Sturz des Zarismus und seiner
ganzen verdrehten Politik hat die Selbstopferung
Rumäniens vollends jeden Sinn und Bestand verloren.

Sie war verlangt und geleistet worden im Dienste des
russischen Imperialismus, der, wenn er Konstantinopel
und die Beringer erobert hätte, natürlich auch das
Gebiet der unteren Donau zum mindesten mittelbar unter
seiner Herrschaft bringen mußte. Dafür sollte auch das
größere Rumänien entstehen, wie das „größere“ Serbien und
das „größere“ Italien ja schon längst auf dem überaus ge-
heuligen Papier der Entente-Diplomatie gesichert waren.
Das neue Rußland verzichtet aber in aller Form auf die
türkische Hauptstadt, auf die Dardanellen, auf die Unter-
drückung fremder Völker und auf die Verrückung anderer
Staaten—also kann es sich natürlich noch viel weniger
für die Machtträume rumänischer Imperialisten einstellen,
die mit dem Blut und dem Wohlstand ihrer Bürger ein
frevelhaftes Spiel getrieben haben. Der ganze Unter-
grund, auf dem Bratianu mit dem König
Ferdinand ihre verräterische Politik aufgerichtet haben,
ist schamhaft in sich zusammengefallen. Selbst im aller-
günstigsten Falle, wenn es ihnen gelingen sollte, den
früheren Stand der Dinge wiederherzustellen, würde das
Land seine selbstverschuldeten juchstbaren Verluste an Ge-
und Blut aus eigener Kraft wieder ausgleichen müssen, und
keinerlei Bereicherung an fremdem Besitz würde ihm diese
ungeheure Aufgabe auch nur um ein wenig erleichtern.
Rumänien liegt wirklich am Grabe seiner Hoffnungen.

Die Regierung des Landes weiß sich in dieser Lage
vor dem berechtigten Zorn des Volkes nicht anders zu
schützen, als indem sie—für eine ungewisse Zukunft—
soziale und politische Reformen verspricht und zunächst
einmal die Kammer aufgelöst hat. Die Klassen- und
Ständenunterschiede sollen beseitigt und überhaupt die Zu-
stände nach dem Muster der russischen Revolution um-
gestaltet werden. Damit wird man in Petersburg gewiß
einverstanden sein. Aber die Mitschuld an dem rumäni-
schen Verhängnis bleibt trotzdem nach wie vor bestehen,
sie kann durch keinen Wandel der Geschichte mehr getilgt
werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Deutschenfrage in den Vereinigten Staaten
treibt seltsame Blüten. Nach einer Newporter Meldung
ist dort die Nachricht von der angeblichen Erschießung einer
in Deutschland lebenden Amerikanerin Katharina Couch
wegen Spionage verbreitet. Diese Meldung, die lediglich
zu dem Zwecke verbreitet wird, gegen Deutschland Stimmung
zu machen, ist frei erfunden.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Gause (Königs-
berg) ist folgende schriftliche Antwort erteilt worden: Die
im Hauptauschuß von dem Herrn Staatssekretär des Aus-
wärtigen Amtes am 1. Mai 1917 abgegebene Erklärung,
daß den unabhängigen Sozialdemokraten wegen ihrer Zu-
gehörigkeit zu dieser Fraktion die von ihnen beantragten
Pässe zur Reise nach Stockholm nicht verweigert werden
sollen, wird in vollem Umfange aufrechterhalten. Die Be-
teiligten werden sämtlich die Reiseerlaubnis erhalten, mit
Ausnahme Herrn des Landtagsabgeordneten Hoffmann.
Diesem wird aber der Pass nicht wegen seiner Zugehörigkeit
zur Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten, sondern

lediglich deshalb verweigert werden, weil er nach Mit-
teilung des Oberreichsanwalts in ein Ermittlungsverfahren
wegen Landesverrats verwickelt ist.

Im Verlaufe der Weltgeschichte ist bisher jede Nation
hereingefallen, die so unvorsichtig war, sich mit England
zu verbünden. Daß aber dem schwergeprüften, von Eng-
land in den Krieg hineingeworfenen belgischen Staate nun
nach all seinen Leiden von England noch der Vorwurf
gemacht wird, Belgien habe für die gemeinsamen Ziele
der Entente nicht genug geleistet, zum mindesten leiste
es nicht so viel wie England, ist doch wohl der Gipfel-
punkt des englischen Egoismus! Die englische Wochen-
schrift „John Bull“ schreibt in einer ihrer letzten Nummern,
es wäre doch eine starke Ungleichheit und Ungerechtigkeit,
daß Großbritannien alle tauglichen Männer bis zum
41. Lebensjahre zu den Waffen einberufe, während Belgien
alle verheirateten Männer von 35 Jahren, wenn sie in
Munitionsfabriken arbeiteten, freilasse. Die Belgier
würden doch wohl nicht umhin können auszugeben, daß
hierin eine starke Ungerechtigkeit liege.—Also Belgien
hat für die Entente noch immer nicht genug geleistet und
gelitten!

In einer Unterredung mit einem ungarischen Presse-
vertreter erklärte der Bayerische Ministerpräsident Frhr.
v. Hertling, daß der Krieg im Herbst beendet sein werde.
Unsere Lage ist ausgezeichnet. Wenn die Franzosen und
Engländer die Folgerungen aus unserer Unbesiegbarkeit
ziehen, ist nicht genau abzusehen, aber hoffentlich bringt
der Herbst den Frieden. Unsere Marine erfüllt mehr als
sie verspricht, mit den U-Boot-Erfolgen sind wir völlig zu-
frieden. Eine andere Frage ist, welche Wirkung die Ver-
senkungen auf England haben. Dies können wir von hier
nicht beurteilen. Die nächste Zukunft wird allenfalls Licht
in diese Frage bringen. Sodann bezeichnete Graf Ber-
tling die Hoffnungen der Feinde auf den deutschen Partikularismus
als völlig Chimärenhaft. Es existiere zwar
ein gewisser deutscher Partikularismus, dieser werde jedoch
niemals merkbare politische Folgen haben.

Die Einführung Reichsloser Wochen sollte nach
verschiedenen Blättermeldungen ein süddeutscher Minister
angekündigt haben. Diese Nachricht ist nicht zutreffend.
Es soll allerdings für den Fall der Wiederer-
höhung der Protration eine Herabsetzung der jetzt
gewährten Fleischmenge (ein Pfund pro Kopf und Woche)
erfolgen. Wie hoch sich jedoch die Fleischrate dann stellen
wird, darüber sind zurzeit noch Erwägungen im Gange.
Jedenfalls steht noch in keiner Weise fest, wie sich die
Fleischverteilung nach dem 15. August gestalten wird.

Belgien.

Über die Zukunft Flanderns hat Generalgouverneur
Frhr. v. Falkenhayn eine Abordnung des Rates von
Flandern gegenüber bemerkenswerte Äußerungen getan.
Der Generalgouverneur sagte u. a., daß er entschlossen sei,
in den bewährten Bahnen seines Amtsvorgängers weiter-
schreitend den Rechten des flämischen Volkes auf seine
eigene Muttersprache, auf selbständige Verwaltung Flan-
derns und auf freie eigene Entwicklung zur Geltung zu
verhelfen. Der Generalgouverneur gab der festen Zuver-
sicht Ausdruck, daß dieses Ziel erreicht werde und daß der
Ausgang des Kampfes der Waffen das Errungene sicher-
stellen werde.

Schweden.

Einen Aufruf an alle internationalen Sozialisten
erläßt der Ausschuß der Sozialisten Hollands und Stan-
diniens, der in Stockholm eine allgemeine Konferenz
vorbereitet. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß
unbedingt der Versuch gemacht werden müsse, die sozialistische
Internationale als einen Wirtschaftsfaktor der Arbeiterschaft
wiederherzustellen und durch sie die Fundamente eines
allgemeinen Friedens auf der Grundlage der überlieferten
Grundsätze unserer Kongresse zu schaffen. Es sollen Ver-
sprechungen mit den Vertretern der einzelnen Parteien der
freigehenden Länder stattfinden, um Möglichkeiten der
Lösung der Friedensfrage erwägen zu können. Dazu soll
Stockholm als dauernder Mittelpunkt dienen. Jede etwaige
Beeinflussung von Seiten einer Regierung wird von vorn-
herein ausgeschlossen. Zweck der Besprechungen ist, daß
sich die Internationale wieder zusammenfindet. Dazu
sollen alle Vertreter der eingeladenen Parteien beitragen
helfen.

Portugal.

Die Frage der Lebensmittelversorgung wird für
die portugiesische Regierung immer ernster. Wie spanische
Blätter berichten, kam es in letzter Zeit in Lissabon
wiederholt zu Ausschreitungen der hungernden Volks-
massen. Militär und Polizei mußten die Ordnung wieder-
herstellen. Ähnliche Vorkommnisse werden aus der Pro-
vinz gemeldet. Außer Lebensmitteln fehlen aber auch
andere Artikel, so daß viele Fabriken und Werkstätten leer
stehen müssen. Endlich scheint auch die Seetransport-
krise unlösbar, weil England außerstande ist, seine dies-
bezüglichen Verpflichtungen zu halten. Kurz, die durch
das deutsche U-Boot in Portugal geschaffene Lage ist
außerordentlich beunruhigend und bietet einen düsteren
Ausblick für die Zukunft.